

Und hier bleiben wir für Sie dran

Bürokratieabbau fördern

- Kritische Begleitung von Gesetzgebungsverfahren
- Forderung nach Bürokratiekosten-Berechnung für jedes Gesetz
- Einsatz für Entbürokratisierung des öffentlichen Auftragswesens

Steuerbelastung der Unternehmen verringern

- Vorschläge für ein einfacheres und international wettbewerbsfähigeres Steuersystem
- Einsatz gegen die Besteuerung der Unternehmenssubstanz

Wirtschaftsstandort stärken

- Beobachtung des Strukturwandels in der Region Stuttgart, Land und Bund und Formulierung von Handlungsempfehlungen für die Politik
- Entwicklung von Maßnahmen gegen den drohenden Fachkräftemangel durch Verbesserungen bei der Bildung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie bei der Integration ausländischer Arbeitskräfte
- Forderung nach Haushaltskonsolidierungen auf allen Ebenen sowie nach Subventionsabbau zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der politischen Akteure

Bildung praxisnäher gestalten

- Förderung der Berufsorientierung durch Schulpartnerschaften und Ausbildungsbotschafter
- Förderung der frühkindlichen Bildung durch Umsetzung der Stiftungsinitiative „Haus der kleinen Forscher“
- Einsatz für den Abbau des Unterrichtsausfalls an Berufsschulen
- Mitarbeit an der Optimierung der Hochschul-ausbildung, Stärkung der Dualen Hochschule

Attraktivität der Innenstädte sichern

- Mitarbeit an Konzepten zur Entwicklung der Innenstädte
- Einsatz für innenstadtverträgliche Handelsansiedlung in der Region Stuttgart

Innovationsfähigkeit der Wirtschaft erhalten

- Einsatz für Verbesserung des Technologietransfers und der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung für mittelständische Unternehmen
- Forderung nach Stabilisierung der Energiekosten durch behutsamen Umstieg auf erneuerbare Energien und Steigerung der Energieeffizienz
- Einrichtung und Betrieb von Kompetenzzentren

Verkehrsinfrastruktur verbessern

- Unterstützung der Bahnprojekte Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm
- Einsatz für den Ausbau des Straßennetzes, wie für eine Neckarbrücke bei Remseck-Aldingen als Teil einer Nord-Ost-Tangente um Stuttgart, für den Ausbau der B 14 zwischen Nellmersbach und Backnang-Waldrems, der A 81 zwischen Stuttgart-Zuffenhausen und Mundelsheim, des Autobahnzubringers L 1115 von Mundelsheim bis Backnang, für eine B 10 Ortsumfahrung Vaihingen-Enzweihingen sowie für den Ausbau der B 10 im Filstal und im Neckartal mit Filderauffahrt sowie des Alaufstiegs der A 8
- Einsatz für die Umstellung der Verkehrsfinanzierung auf eine Nutzerfinanzierung; Zweckbindung der Mauteinnahmen für Straßenverkehrsinfrastruktur
- Einsatz für die Sanierung und den Ausbau der Neckarschleusen für die Binnenschifffahrt
- Forderung nach mittelstandsfreundlichen Regelungen beim öffentlichen Personennahverkehr
- Einsatz für Verlängerung der S-Bahn bis Göppingen

Praktikable Lösungen für den Außenhandel finden

- Einsatz für eine praxismgerechte Umsetzung des modernisierten EU-Zollrechts
- Mitgestaltung der Reform des Außenwirtschaftsrechts 2012

Das haben wir für Sie erreicht!

Eine Bilanz der Interessenvertretung 2011/2012



Zertifizierte Qualität bei Service,
Beratung und Interessenvertretung

www.stuttgart.ihk.de



Die IHK Region Stuttgart hat rund 160.000 Mitgliedsunternehmen. Ihr gesetzlicher Auftrag ist die Vertretung der Interessen der Wirtschaft gegenüber Politik und Verwaltung. Wahrgenommen wird sie oft bei Themen wie Stuttgart 21, Bildungspolitik, Energieversorgung oder Euro-Krise. Die IHK ist aber auch in vielen anderen Gebieten erfolgreich, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Steuer- und Finanzpolitik

IHKs verhindern „Geldwäschebeauftragten“

Die IHK hat zusammen mit dem DIHK die geplante Verschärfung des Geldwäschegesetzes begleitet. Sie konnte erreichen, dass die geplante pauschale Verpflichtung zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten im Nichtfinanzbereich gestrichen wurde. Allein dies erspart den Unternehmen bundesweit Kosten in Höhe von rund 125 Millionen Euro. Auch an weiteren Stellen haben die IHKs Verbesserungen erreicht.

Neues Insolvenzrecht beinhaltet zentrale Forderungen der Wirtschaft

Das Insolvenzverfahren ist jetzt für alle Beteiligten einfacher und effektiver. Seit Anfang März 2012 gilt das neue Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG). Es enthält zentrale Forderungen der IHK wie eine Stärkung der Gläubigerbeteiligung, die Einführung eines Schutzschirmverfahrens und der Ausbau des Insolvenzplanverfahrens.

Bürokratieabbau bei der Umsatzsteuer

Um Vereinfachungen im Bereich Umsatzsteuer durchzusetzen, hat die IHK zusammen mit dem DIHK konkrete Vorschläge gemacht. Erste Erfolge liegen vor: Rückwirkend zum Juli 2011 wurde die Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung verabschiedet. Daneben konnte die IHK eine Verschiebung der für Anfang 2012 geplanten Verschärfung der Nachweisvorschriften für steuerfreie Ausfuhren und EU-Lieferungen erreichen und auch erste inhaltliche Verbesserungen.

Verkehrswirtschaft

Einsatz gegen emissionsunabhängige Lkw-Durchfahrtsverbote

Die Bezirkskammer in Ludwigsburg konnte gemeinsam mit Unternehmen und Nachbarkommunen erreichen, dass trotz Durchfahrtsverbot im Raum Freiberg, Ingersheim und Pleidelsheim die Lkw der Unternehmen in den Freiberger Gewerbegebieten Neckar I und II und dem Benninger Gewerbegebiet Allmanden/Unteres Wörth weiterhin frei fahren können. Auch an anderen Stellen setzt sich die IHK gegen emissionsunabhängige Lkw-Durchfahrtsverbote ein, die den Umstieg auf umweltschonende Motortechnologie nicht fördern und das Umland belasten.

Außenwirtschaft

Einfaches Ursprungsrecht bleibt vorerst erhalten

Die IHK-Organisation will verhindern, dass das Ursprungsrecht komplizierter wird, und setzt sich für den Erhalt der bisherigen Regelungen ein. „Made in Germany“ leitet sich in der Regel aus dem zollrechtlichen Ursprung, der letzten wesentlichen Be- oder Verarbeitung, ab. Diese einfache Norm sollte nach dem Willen der EU-Kommission durch ein komplexes Regelwerk ersetzt werden. Eine konzertierte Aktion des DIHK mit einigen IHKs, darunter die IHK Region Stuttgart, konnte die geplanten Maßnahmen zumindest vorläufig stoppen.

Elektronische Verfahren im Außenhandel verbessert

Die IHK konnte Vereinfachungen beim elektronischen Ursprungszeugnis erreichen. Damit wird der Verwaltungsaufwand der Unternehmen für die Beantragung und Ausstellung von Ursprungszeugnissen verringert. Verbesserungen gibt es auch bei der elektronischen Internetausfuhranmeldung Plus (IAA+). Sie ist seit September 2011 die einzige kostenlose Schnittstelle zum Zollsystem ATLAS. Das Bundesfinanzministerium hat hier einige Verbesserungsvorschläge der IHK Region Stuttgart umgesetzt.

Bildungspolitik

Ausbildungspakt erfüllt

Die IHK kann für 2011 eine hervorragende Ausbildungsbilanz vorlegen. Die Zahl der neu eingetragenen Lehrverträge ist gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Prozent gestiegen. Fast 2.300 Ausbildungsplätze hat die IHK neu angeworben, 978 neue Ausbildungsbetriebe konnten gewonnen werden. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels macht sich die IHK für eine bessere Förderung der Ausbildungsreife an Schulen stark. Sie unterstützt die Bemühungen der Landesregierung um mehr individuelle Förderung und Ganztagesunterricht - nicht nur an den neuen Gesamtschulen. Darüber hinaus wirbt sie für den direkten Einstieg der Schulabgänger in die duale Ausbildung ohne Umwege über schulische oder sonstige Bildungsschleifen.

Ausbauprogramm für Studienplätze berücksichtigt Bedarf der Wirtschaft

Die IHK hat das Ausbauprogramm des Landes für Bachelorstudienplätze anlässlich des doppelten Abiturjahrgangs 2012 aktiv unterstützt. Die beschlossene Verteilung der Ausbauplätze von 22.000 Studienplätzen mit jeweils 40 Prozent auf MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entspricht den Vorstellungen der Wirtschaft. Die IHK will erreichen, dass die Interessen der Wirtschaft in das anstehende Ausbauprogramm der Masterstudienplätze „Master 2016“ ebenso stark einfließen.

Impulse für Hochschulstandort Böblingen

Die IHK-Bezirkskammer Böblingen setzt sich für die Ansiedlung von Hochschulen im Landkreis Böblingen ein. Hier konnte im Jahr 2011 ein Erfolg vermeldet werden. In den Räumen der Akademie für Datenverarbeitung Böblingen soll ein neues Zentrum für Wirtschaftsinformatik entstehen, in dem verschiedene führende Hochschulen der Region kooperieren werden. Geplant ist es, sowohl einen Master- als auch einen Promotionsstudiengang anzubieten.